

HORST DIETER SCHLOSSER

## Sprachkritik zwischen „political correctness“ und anderen Klippen

### Abstract

Die 1991 ins Leben gerufene Aktion „Unwort des Jahres“ zeigt mit ihren von Jahr zu Jahr steigenden Teilnehmerzahlen, daß es in der deutschen Bevölkerung ein hohes Interesse an öffentlicher Sprachkritik gibt, das förmlich nach wissenschaftlich unterstützter Aufmerksamkeit ruft. Denn ein nicht geringer Teil „volkslinguistischer“ Kritik an Phänomenen des gegenwärtigen Sprachgebrauchs ist von problematischen alten und neuen Vorurteilen geprägt, die durch die Unwort-Aktion selbst nicht beseitigt werden können. Die Konzentration der Aktion auf sprachliche Fehlgriffe, die den Prinzipien sachlicher Angemessenheit und humanen Miteinanders zuwiderlaufen, führt die Unwort-Suche selbst an die Grenzen wissenschaftlich und politisch vertretbarer Sprachkritik, hinter der auch neue Programme der Sprachlenkung lauern, so etwa die „political correctness“ oder die weitverbreitete Fixierung auf nur-formale Korrektheit. Obwohl sich die Unwort-Aktion selbst nur der Sensibilisierung sprachlichen Bewußtseins verschrieben hat, bergen ihre Urteile immer wieder das Risiko, als letztinstanzliche Entscheidungen mißverstanden zu werden. Es wäre darum erwünscht, die sprachliche Aufklärungsarbeit in weiteren publikumswirksamen Unternehmungen zu vertiefen.

### Erfahrungen mit der Aktion „Unwort des Jahres“

Der folgende Beitrag will die zahlreichen theoretischen Erwägungen zur Sprachkritik nicht vermehren, sondern Erfahrungen mit einer inzwischen nicht mehr unbekanntem Aktion praktischer Sprachkritik, der Suche nach dem „Unwort des Jahres“, mitteilen und reflektieren. Es muß sogar ausdrücklich eingestanden werden, daß der Beginn dieser Aktion durchaus unter Defiziten theoretischer Reflexion litt, weil zunächst nur „laut Gedachtes“ durch eine ungesteuerte Agenturveröffentlichung über Nacht zum Medienereignis wurde, das bekanntlich seine eigenen Zwänge hat.

Konkret: Der Verfasser als Vorsitzter eines Zweigs der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) hatte am 7. Oktober 1991 auf einer Veranstaltung in Frankfurt a.M. zwei verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie man das unbezweifelbare sprachkritische Interesse breiter Kreise, das sich meist nur privat oder in Leserbriefen artikuliert, fruchtbar machen könne. Einer dieser Vorschläge war nun, durch einen bundesweiten Aufruf besonders auffällige Mißgriffe des öffentlichen Sprachgebrauchs, vor allem solche, die den Kriterien sachlicher Angemessenheit und humanen Umgangs nicht entsprachen, zu sammeln und daraus das „Unwort des Jahres“ zu wählen. Die Anwesenden, Mitglieder der GfdS und interessierte Gäste, unterstützten ein solches Vorhaben heftig. An einen Alleingang des Frankfurter GfdS-Zweigs war indes zu keinem Zeitpunkt gedacht, vielmehr erschien

die Zustimmung des GfdS-Vorstands sowie die praktische Unterstützung durch die Wiesbadener Geschäftsstelle der GfdS unabdingbar.

Es sollte anders kommen. Ein eher zufällig anwesender dpa-Vertreter verbreitete am 8. Oktober 1991 – ohne Wissen des Verfassers – eine Agenturmeldung, die den noch gar nicht spruchreifen Plan als beschlossene Sache der GfdS insgesamt darstellte (der Verfasser wurde dabei sogar unversehens zum „Vorsitzenden der GfdS“); am 9. Oktober 1991 brachten zahlreiche Zeitungen diese Meldung, zahlreiche Rundfunk- und Fernsehstationen überschütteten den Verfasser mit Interviewwünschen, bevor es zu einer ruhigen Absprache mit dem GfdS-Vorstand kommen konnte. Im „Frühstücksfernsehen“ von SAT 1 versuchte der tatsächliche GfdS-Vorsitzer Professor Günther Pflug, die Dinge noch zurechtzurücken. Die „Aktion der GfdS“ aber war nicht mehr zu stoppen; das Medieninteresse und sehr bald auch das Interesse zahlreicher Einsender überrollten alles. Besonders delikater wurde die Situation dadurch, daß nicht wenige in der GfdS (oder gar in ihrem unfreiwilligen Repräsentanten aus Frankfurt selbst den (offenbar schon lange ersehnten) sprachlichen Oberrichter der Nation sahen.

## 1. **Praktische Sprachkritik – mehr als nur eine „Marktlücke“ der Medien**

Medieninteresse allein kann – zumal in Zeiten, da auch abstruse Informationen „Marktwert“ erhalten können – als Begründung für die Relevanz einer Sache kaum ausreichen. Dennoch war die einhellig positive Einstellung, mit der Journalisten von der Nordsee bis zu den Alpen der Idee vom „Unwort des Jahres“ begegneten, ein Signal. Endlich könne – so der allgemeine Tenor – nun einmal mit wissenschaftlicher Unterstützung der Verrohung sprachlicher Sitten begegnet werden. Die Reaktion von dieser Seite war um so erstaunlicher, als nicht selten gerade die Medien selbst als die Quelle „sprachlichen Verfalls“ angesehen werden. Aber auch die sich häufenden privaten Anfragen und Unwort-Meldungen bewiesen, daß die Idee einem allgemeineren Bedürfnis entgegenkam, also mehr war oder zumindest sein konnte als die Erlegung einer Medien-Eintagsfliege.

Dies wurde spätestens deutlich, als nach Abschluß der ersten Aktion (Stichtag 15. Januar 1992) von vielen Seiten eine Fortsetzung dringend gewünscht wurde. Kamen auf den ersten Aufruf noch „nur“ 366 Unwort-Vorschläge zusammen, so erhöhte sich deren Zahl bis zur vierten Aktion für 1994 sogar auf mehr als 1700 Einsendungen. Und schon lange vor der offiziellen Eröffnung einer neuen Aktion, liegen jeweils zahlreiche neue Vorschläge auf dem Tisch.

Zieht man aus diesen Erfahrungen einen ersten grundsätzlichen Schluß, dann kann er nur lauten: Für viele Sprachteilhaber sind praktisch folgenlose Erörterungen der Möglichkeiten von Sprachkritik höchst unbefrie-

digend. Die Theorien der Sprachkritik und die nur-theoretische Debatte um Sprachbewertungskriterien erscheinen oft wie ein Teil des Elfenbeinturms, in die sich die Sprachwissenschaft nach den (zweifellos allzu vordergründigen) Bemühungen um gesellschaftspolitische Veränderungen in den endsechziger und siebziger Jahren vielfach wieder zurückgezogen hat.<sup>1</sup>

Zwar kann und will die Unwort-Suche nicht beanspruchen, die vielfach abgebrochenen Brücken zwischen Fachwissenschaft und Öffentlichkeit wiederhergestellt zu haben. Das wäre schlicht Hybris, und mancher mag die Aktion für bloßen Aktionismus halten. Doch weist schon ihr äußerlicher Erfolg darauf hin, wie sehr breite Laienkreise auf Hilfestellungen seitens der Fachleute hoffen, die sich ihnen aber – aus wie honorigen Gründen auch immer – meist verweigern. Wie immer man den punktuellen Versuch der Unwort-Suche bewertet: eine Disziplin, die ein sozial so wesentliches Thema wie die Sprache zum Gegenstand hat, darf dieses Thema nicht zur Arkanwissenschaft stilisieren!

## 2. Sprachberatung oder Sprachlenkung?

Es ist schon angedeutet worden, daß nicht wenige Einsender von Unwort-Kandidaten in teilweise ausführlichsten Begleitkommentaren die Erwartung geäußert haben, die GfdS oder der Verfasser selbst könnte die Rolle einer Instanz übernehmen, die „endlich einmal“ für Ordnung im Sprachleben Sorge. „Können Sie nicht etwas dagegen tun, daß ...?“ ist eine der am häufigsten zu lesenden Formulierungen in den Begleitschreiben. Das war zumal in der Anfangsphase der Unwort-Aktion eine besonders peinliche Anfrage, da es zunächst überhaupt keine Jury gab, die über die subjektive Meinung des Initiators hinaus hätte eine Entscheidung fällen können.

Die Gesellschaft für deutsche Sprache zählt zwar die „Sprachpflege“ zu ihren programmatischen Aufgaben, doch hat sie sich bei aller Entschiedenheit, mit der sie sich in sprachlichen Einzelfragen verhalten kann, nie als „letzte Instanz“ verstanden und wird dies wohl auch in Zukunft nicht tun. Von prominenter Seite in der GfdS wurde anfänglich sogar ausdrücklich Opposition gegen die Unwort-Suche laut, weil sich die GfdS – beispielsweise wie bei der Ermittlung von „Wörtern des Jahres“ – lieber nur beobachtend und dokumentierend verhalten solle.

Hier tat sich der Grundwiderspruch zwischen Sprachdeskription und Sprachlenkung auf, der in jeglicher Sprachberatung sorgfältig bedacht sein will. Sehen wir einmal davon ab, daß normative Entscheidungen in sprach-

<sup>1</sup> Nicht ganz einzusehen ist freilich, daß die seinerzeit vieldiskutierten Themen wie die „Sprachbarrieren“ oder die später entdeckte soziale Diskriminierung von Dialekt sprechern heute so gut wie gar keine Beachtung mehr finden. Die Verdrängung methodischer Irrwege durch Verschweigen der Themen hat die realen Probleme keineswegs gelöst!

lichen Fragen tatsächlich sehr häufig schon von der wissenschaftlichen Einsicht durchkreuzt werden, daß zumindest die Sprachgebrauchsnormen einem stetigen Wandel unterliegen, wäre schon die Tatsache, daß Deutschland allein in diesem Jahrhundert zwei Diktaturen mit jeweils weitgehenden Sprachlenkungsversuchen zu ertragen hatte, ein politisches Motiv, einer erneuten Versuchung zu widerstehen, der Öffentlichkeit irgendwelche sprachlichen Vorschriften zu machen. Es gibt (hier nicht auszubreitende) weitere, auch historische Gründe, warum in diesem Land – anders als etwa in Frankreich – unter demokratischen Bedingungen auf zentrale Sprachinstanzen verzichtet wurde und verzichtet werden sollte.

Es ist darum auch bei der Unwort-Aktion von Anfang an – gegen alle entsprechenden Erwartungen – betont worden, daß die Proklamierung von „Unwörtern“ nur ein Beitrag sein solle, die Sensibilität im Umgang mit der Sprache zu erhöhen. Bezeichnenderweise war es der PDS-Bundesvorstand, der 1992 öffentlich verlangte, die „Unwörter des Jahres“ 1991, angeführt von „ausländerfrei“, in Parlamentsdebatten mit Sanktionen zu belegen.<sup>2</sup> Das war nun ein „Erfolg“, den wir nicht erwartet oder auch nur angestrebt hatten, so untauglich und inhuman uns der Schlachtruf von Hoyerswerda 1991 auch erschienen war.

Nicht Folgerung aus den bisherigen Erfahrungen, sondern Prämisse von konkreten Entscheidungen über die Qualität eines Sprachgebrauchs muß daher sein, daß die Sprachbenutzer mit einem „Richterspruch“ noch einmal aufgerufen sind, die Gründe der Entscheidung und die praktischen Konsequenzen selbst zu überdenken. Auch die Tatsache, daß neben dem Initiator der Unwort-Aktion jeweils drei weitere Sprachwissenschaftler der GfdS unterschiedlicher theoretischer Ausrichtung<sup>3</sup> und – von Aktion zu Aktion wechselnd – zwei Vertreter/Vertreterinnen der öffentlichen Sprachpraxis<sup>4</sup> in einer Jury zusammenwirken, verleiht den Ergebnissen nur eine gewisse Intersubjektivität, nicht aber eine „Letztinstanzlichkeit“, der sich alle kommentarlos zu beugen hätten (eine solche Verpflichtung gilt ja noch nicht einmal für Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, wie sich jüngst am BVG-Urteil über den Paragraphen 218 gezeigt hat!).

Die Sprache gehört wirklich allen. Diesem Grundsatz ist auch die Unwort-Aktion verpflichtet. Das demokratische Moment war ja gerade durch den

<sup>2</sup> Pressemitteilung des Bundesvorstands der PDS, Berlin, 10.2.1992.

<sup>3</sup> Linguistische Juroren waren (außer dem Verfasser) bisher Prof. Dr. Albrecht Greule, Prof. Dr. Rudolf Hoberg und der jeweilige Geschäftsführer der GfdS, als Nachfolgerin ab 1994 Frau Prof. Dr. Margot Heinemann (Zwickau).

<sup>4</sup> Als Vertreter der Sprachpraxis fungierten bisher u.a. Prof. Dr. Herbert Heckmann (Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt); Frau Christiane Lieberknecht (thüringische Landesministerin, Erfurt), Hanna Joachim Friedrichs (Fernsehjournalist), Prof. Dr. Hilmar Hoffmann (Goethe-Institut, München) und Friedrich Schorlemmer (Wittenberg).

Aufruf zur Mitwirkung an alle (und nicht nur an „Experten“ vom Schlage der „unsterblichen“ Mitglieder einer nationalen Akademie wie in Frankreich) betont worden.

### 3. Die verlorene Unschuld der Wörter

Ein schon früh gemachter Einwand gegen eine Negativauszeichnung einzelner Wörter machte auf die linguistische Grundannahme aufmerksam, wonach die Beziehung zwischen sprachlichem Zeichen und Bezeichnetem beliebig (de Saussure: „arbiträr“) sei. Tatsächlich läuft eine bestimmte Form der Sprachkritik Gefahr, die semantische Qualität von Wörtern mechanisch und ahistorisch zu fixieren. Insbesondere das Kriterium „Humanität im sprachlichen Umgang miteinander“ verführt zu leicht dazu, Wörter und Formulierungen mit der simplen Alternative „moralisch gut oder schlecht“ zu bewerten und die semantische Vielschichtigkeit auch einfacher Lexeme zu leugnen.

Dieser kritische Ansatz ist nicht neu und ist schon gegen sehr populäre sprachkritische Auseinandersetzungen mit dem NS-Sprachgebrauch (vom Typ des „Wörterbuchs des Unmenschen“ von Sternberger/Storz/Süßkind) gewendet worden.<sup>5</sup> Modisch in „Diskursanalysen“ gewandet, treten semantische Schwarz-weiß-Urteile über einzelne Wörter auch heute noch auf, beispielsweise wenn Jürgen Link mit eigenartiger Selektion der Belege etwa das Wort „Asylant“ a priori als „Kampfbegriff“ definiert oder eine „Blauhelm-Mission“ als Aktualisierung christlicher Glaubensverkündigung („Mission“ bleibt „Mission“!?) deutet.<sup>6</sup> Damit wären wir nicht weit von einer ähnlich modischen Erscheinung in den USA und inzwischen auch hierzulande entfernt, die sich als „political correctness“ aufspielt und die unter anderem einen nicht unbeträchtlichen Teil metaphorischen Sprachgebrauchs sanktionieren will: Einen Politiker „blind“ oder „taub“ zu nennen, würde danach eine Diskriminierung von Hör- oder Sehgeschädigten bedeuten, der Begriff „Schwarzarbeit“ wäre ein verbaler Angriff auf Angehörige eines farbigen Volkes (wobei in den USA zur Vermeidung „rassistischer“ Unterscheidungen längst die Sammelbezeichnung „ethnics“ fast offiziellen Charakter hat).

Beispiele solcher hypersensiblen Sprachkritik, die mit weithergeholten oder gar erfundenen Etymologien arbeitet, lassen sich auch in Lai-

<sup>5</sup> Vgl. u.a. die in der erweiterten Ausgabe von D. Sternberger/G. Storz/W.E. Süßkind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Frankfurt a.M./Berlin 1986, S. 225ff., dokumentierte Diskussion.

<sup>6</sup> Siehe u.a. J. Link, Medien und „Asylanten“. Zur Geschichte eines Unworts, In: D. Thranhardt/S. Wolken (Hg.): Flucht und Asyl. Freiburg/Breg. 1988, S. 50ff. – Ein Vortrag J. Links im Sommersemester 1993 in der Universität Frankfurt a.M. lieferte zahlreiche weitere Proben eines erstaunlich „freien“ Umgangs mit historischen Fakten und linguistischen Methoden.

enkommentaren zur Unwort-Suche feststellen, etwa wenn das Wort „Sammelunterkunft“ abgelehnt wird, weil man es (angeblich) Bestandteil für Bestandteil in das Wort „Konzentrationslager“ überführen könne (eine Deutung, die im übrigen nur einen Sinn ergäbe, wenn „Konzentrationslager“ per se und nicht erst durch euphemistischen Mißbrauch seiner sprachlichen Elemente inhumanen Charakter besäße).

Wäre allerdings die Beziehung zwischen Wort und Sache immer und ewig beliebig, dann ließe sich überhaupt nichts zur Angemessenheit einer Benennung sagen. Richtig ist, daß eine „Urbanennung“ in einer neutralen Relation zum bezeichneten Gegenstand steht. Die Erfahrungen mit der bezeichneten Sache aber laden das Wort gleichsam auf, und die Wörter verlieren ihre „Unschuld“. Nicht selten geht sogar eine höchst gutgemeinte Benennungsabsicht verloren. Wie sollte man sich etwa die Vorbehalte erklären, die heute gegen den Gebrauch des Wortes „Gastarbeiter“ stehen, das bei seiner Erfindung einhelligen Beifall erhalten hatte?<sup>7</sup>

Insbesondere kollektive Erfahrungen können Wörter semantisch bis zur Unerträglichkeit und Unverwendbarkeit belasten. Wer würde heute noch Wörter wie „Endlösung“, „Sonderbehandlung“ oder „Vergasung“ ohne Arg benutzen wollen, obgleich auch diese Wörter einmal höchst „unschuldig“ waren! – Wenn noch 1993 ein gestandener Pädagoge (in der PH Heidelberg) im Rahmen eines staatlich geförderten Projekts, in dem behinderte Kinder in „Normalklassen“ integriert werden sollen, diejenigen, die auf Grund der Schwere ihrer Behinderung nicht integriert werden können, in einem offiziellen Fragebogen als „Selektionsrest“ bezeichnen wollte, dann läßt sich das nicht mehr damit entschuldigen, daß er einen „neutralen“ Fachterminus benutzen wollte. Hypersensibilität ist die eine Klippe, Instinktlosigkeit, die hier offenbar aus mangelndem Geschichtsbewußtsein erwuchs, ist die andere.

Will man solche Erwägungen verallgemeinern und für eine akzeptable sprachkritische Praxis fruchtbar machen, dann bleibt nur der Schluß, daß nicht mehr oder weniger zufällig isolierte Wörter Gegenstand der Kritik werden dürfen, sondern historische wie aktuelle Erfahrungen mit dem jeweiligen Wortgebrauch, also die soziale Dimension eines Wortes, bewertet werden müssen.<sup>8</sup> Die zentrale Propagandaformel aus dem Bürgerkrieg auf dem Balkan, die in ihrer massenhaft verbreiteten deutschen Übersetzung „ethnische Säuberung“ zum „Unwort des Jahres“ 1992 gekürt wurde, bietet dafür ein gutes Beispiel: Sie ist nicht nur aktuell eine eindeutige Beschönigung schlimmster Kriegsverbrechen, sondern hat in ihrem sub-

<sup>7</sup> Vgl. M. Spieles, *Ausländer in der deutschen Sprache. Historische Entwicklungen – aktuelle Presstexte*. Bonn 1993, S. 47ff.

<sup>8</sup> Hierfür gilt nach wie vor die zentrale Einsicht L. Wittgensteins: „Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache.“ (L.W.: *Schriften* Bd. 1. Frankfurt a.M. 1960, S. 311).

stantivischen Bestandteil „Säuberung“ im stalinistischen Umkreis bereits eine lange schlimme Tradition, die eine Verwechslung mit einer Hygienemaßnahme unmöglich macht. Folgte man indes den Kriterien der Geschichtslosen, wäre eine solche Kritik verfehlt; folgte man den ebenfalls eindimensionalen Grundsätzen der moralisch Hypersensiblen, müßte man schon das Wort „Säuberung“ in jeder Hinsicht tabuisieren.

#### 4. Die Verwechslung von Wort und Sache

Ein Thema der Sprachkritik, das man als Angehöriger des männlichen Geschlechts kaum noch distanziert zu behandeln wagt, müßte eigentlich auch unter dem soeben behandelten Aspekt gesehen werden: die sprachlichen Fassungen von Geschlechtsunterschieden, die in feministischen Kreisen als absolut unzureichend empfunden werden. Kollektive Erfahrungen mit „Deutsch als Männersprache“ müßten – wenn sie denn so kollektiv wären, wie immer wieder behauptet wird – sogar zu einem grammatischen Umbau unserer Sprache führen. Die Unwort-Aktion liefert gewiß keine repräsentativen Aussagen, und doch fällt auf, daß unter den zahlreichen weiblichen Einsendern (oder ist hier die Tautologie „weibliche Einsenderinnen“ geboten?) außer einer städtischen Frauenbeauftragten niemand die sonst so lautstark gescholtenen sprachlichen Diskriminierungen von Frauen an den Pranger stellen wollte. Eher mokierten sich bisher Kommentare von Frauen über sperrige oder gar unsinnige Verweiblichungen einzelner Wörter (insbesondere jene mit dem sog. Signal-I, aber auch die Feminisierung von Neutra vom Typ „Mitgliederinnen“).

Kollektive Erfahrungen mit wahrlich zu beseitigenden sozialen Diskriminierungen von Frauen gibt es genug. Ob diese aber über die Sprache aufzuheben sind, muß bezweifelt werden. Der Sprachgebrauch, noch mehr natürlich das Sprachsystem hinkt stets erheblich hinter dem kulturellen Fortschritt her. Trotz Galilei und Kopernikus lassen wir sprachlich immer noch morgens und abends die Sonne und nicht die Erde „auf- und untergehen“.

Als inzwischen selbstverständlich darf gelten, daß eine Frau mit ärztlicher Approbation nicht mehr „Arzt“, sondern „Ärztin“, eine Frau im Lehramt „Lehrerin“ genannt werden sollte usw., usf. Ob man aber der faktischen Benachteiligung von Frauen etwa in Aufsichtsräten oder Regierungen dadurch beikommen kann, daß man von „Mann-Frau-Schaft“ (Björn Engholm) spricht, „ermannen“ durch „erfrauen“ (Renate Schmidt, MdB) ergänzt, darf mit Fug bezweifelt werden. Das alles kann als nützliche Provokation männlicher Arroganz durchaus akzeptiert werden, als dauerhafte Korrektur unseres Sprachsystems wäre es solange untauglich, solange die unbefriedigende soziale Situation nur mit sprachlichen Mitteln verändert werden soll.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Was eine Einzelaktion wie die Unwort-Suche nicht leisten kann, wäre feministischer

Die Verwechslung von Sache und Sprache ist indes ein viel weiter verbreiteter Irrweg „volkslinguistischer“ Sprachkritik, der wissenschaftlicher Aufklärung bedarf. Bezeichnend etwa sind die wiederholten Vorschläge, die Abbeviatur „Stasi“ (für DDR-Staatssicherheit) zum Unwort zu erklären. Die Begründungen sind unterschiedlicher Natur, laufen aber meist darauf hinaus, daß die bezeichnete Terrororganisation oder die Erinnerung an sie tabuisiert werden sollte. G. Drosdowski berichtete 1992<sup>10</sup> von verwandten Versuchen seiner Leipziger Kollegen bei Erstellung des ersten gesamtdeutschen Rechtschreibwörterbuchs (ersch. 1991), möglichst alle politisch belasteten DDR-Lemmata von der Dokumentation auszuschließen – eine menschlich verständliche, linguistisch aber inakzeptable Haltung. Umgekehrt haben sich in der Unwort-Aktion 1991 einige Einsender für eine Sanktion gegen das „Wort des Jahres“ 1991, das „Besserwessi“ hieß, ausgesprochen. Da dieser Vorschlag ausschließlich von Westdeutschen ausging, war mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß hierbei nicht so sehr das Wort als das darin enthaltene Urteil über einen (leider realen) Typ des Altbundesdeutschen in Zweifel gezogen werden sollte. Auch hier also eher eine Verwechslung von Wort und Sache. Besonders deutlich wurde dieser sprachkritische Irrtum in einem Interview des Hessischen Rundfunks mit dem hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel zur Unwort-Aktion 1992, in dem dieser das Wort „Ausländerfeindschaft“ zum Unwort schlechthin erklären wollte. Begründung: Die Deutschen sollten sich mit aller Macht gegen Ausländerfeindschaft (also gegen die Haltung!) wehren.

Einem vergleichbaren Irrtum wäre der Verfasser 1991 beinahe selbst erlegen, als er sich mehrfach gegen ein damals häufiger zu hörendes Wort für die Umbettung Friedrichs d.Gr. von Hechingen nach Potsdam wandte: die „finale Vergruftung“, bis er schließlich darauf aufmerksam wurde, daß der „Spiegel“ diese Umschreibung in Umlauf gebracht hatte, um – sicher zu Recht – die unsäglichen politischen und bürokratischen Umstände dieser Umbettung parodistisch aufzuspießen. Der Kontext bestimmt die Bedeutung. (Freilich bleibt grundsätzlich zu bedenken, daß sich ursprünglich berechnete Ironismen verselbständigen und im späteren Gebrauch einer vielleicht längst akzeptierten Sache einen unangemessenen negativen Geruch verleihen können.) Das Risiko der Fehleinschätzung wohnt einer auf aktuelle sprachliche Erscheinungen konzentrierten Aktion durchaus inne; es ist aber um so leichter in Kauf zu nehmen, wenn sich die sprachkritischen Urteile der öffentlichen Diskussion stellen, die im Falle der „finalen Vergruftung“ noch während der ersten Aktion für eine notwendige Korrektur sorgte.

---

Sprachkritik dringend anzuraten: die durchaus vorhandenen Mittel einer sprachlichen Gleichbehandlung gründlicher auszuloten.

<sup>10</sup> Mündlich während einer Podiumsdiskussion des Goethe-Instituts Rotterdam am 22.5.1992.

## 5. Was die Leute sonst noch stört

Jeder der bisherigen Aufrufe, ein „Unwort des Jahres“ vorzuschlagen, öffnete natürlich die Schleusen für einen schon lange angestauten Ärger über nicht mehr nur aktuelle Verstöße gegen das, was gemeinhin „gutes Deutsch“ genannt wird, also gegen linguistisch diskutabel wie indiskutabel Normen des Sprachgebrauchs. Schon nach Abschluß der ersten Unwort-Kür hat meine Mitarbeiterin Katja Tuschy eine Systematisierung der Unwort-Vorschläge und ihrer Begründungen vorgenommen<sup>11</sup>, deren Ergebnisse sich mehr oder weniger auch mit den weiteren Aktionen belegen lassen.

Im folgenden seien die Aspekte der Sprachkritik mit einzelnen Beispielen aufgelistet, die zwar „an der Sache vorbeigingen“, also nicht die Hauptkriterien der Unwort-Aktion, aktuelle Verstöße der öffentlichen Sprache gegen sachliche Angemessenheit und gegen einen humanen Umgang miteinander, beachteten, gleichwohl ein Spektrum verbreiteter sprachkritischer Einstellungen dokumentieren. Die zusammenfassenden Charakterisierungen der Einwände folgen der Analyse von Katja Tuschy. Die Verantwortung für die Beispiele und die Argumente gegen sie liegen natürlich bei den Einsendern.

„Das Wort ist nicht funktionell (nicht eindeutig, nicht auszusprechen, schwer verständlich)“: z.B. „Ampelkoalition“, „Dekocathrophologie“ (?), „LehrerInnen“.

„Das Wort ist unsinnig/nutzlos“: z.B. „Air-Kat“, „bislang“, „Prozentpunkt“.

„Der Gebrauch des Wortes ist eine Unsitte. Das Wort ist eine Floskel“: z.B. „Entsorgung“, „ich gehe davon aus“, „vom Feinsten“.

„(Reines) Modewort“: z.B. „ich würde denken“, „letztendlich“, „im Vorfeld“.

„Das Wort wird gedankenlos verwendet“: z.B. „Alles klar!“, „im nachhinein“, „Finalbetreuung“.

„Das Wort ist falsch/wird falsch verwendet“: z.B. „Erhalt“ (statt „Erhaltung“), „frau“ (statt „man“), „lange Jahre“.

„Das Wort weist formale Mängel auf“: z.B. „stehende Ovationen“, „unverzichtbar“, „Zuwächse“.

„Das Wort ist häßlich (scheußlich, unschön)“: z.B. „beinhalten“, „Ei-  
elternfamilie“, „verunmöglichen“.

<sup>11</sup> K. Tuschy: Das Unwort 1991. Frankfurt a.M. 1992 (Typoskript).

Erfreulicherweise überwogen die Einsendungen, die diskutablere Begründungen für eine Kritik boten. Doch kann es einer wissenschaftlichen Betrachtung nicht schaden, zumindest zur Kenntnis zu nehmen, woran ein nicht zu unterschätzender Teil sprachinteressierter Zeitgenossen Anstoß nimmt; denn die zitierten Beispiele und Argumente finden sich auch in zahlreichen Leserbriefen und privaten Gesprächen über Sprachkritik immer wieder. Leider war und ist es im Rahmen der Unwort-Aktion – von Ausnahmen abgesehen – nicht möglich, in individuellen Reaktionen auf einzelne Zusendungen falsche Argumentationen zurechtzurücken. Es wäre daher wünschenswert, noch offensiver, als es bisher schon seitens der Gesellschaft für deutsche Sprache (mittels der Zeitschrift DER SPRACHDIENST) und des Instituts für deutsche Sprache (durch die Zeitschrift SPRACHREPORT) geschieht, mit fachwissenschaftlicher Kompetenz in die Öffentlichkeit zu gehen und über Sinn und Unsinn traditioneller und aktueller Urteile zum Sprachgebrauch aufzuklären.

## 6. Die Überschätzung formaler Korrektheit

Zweifellos lassen sich im öffentlichen Gebrauch der Gegenwartssprache zahlreiche Defizite an ästhetischer Durchformung und Klarheit des Ausdrucks feststellen. Auch und nicht zuletzt wissenschaftliche Aussagen in deutscher Sprache scheinen vom Prinzip „Je verquaster der Ausdruck, um so gelehrter klingt das Ganze!“ geleitet zu sein. Peinlich, wenn auch sprachwissenschaftliche Arbeiten unter solchen Fehlern leiden. Noch peinlicher, wenn Autoren gerade zum Thema „Verständlichkeit“ zusammenfassende Sätze wie diesen hervorbringen:

„Literarische Texte (...) besitzen keineswegs ein so stringend (!) inhärentes Zielkriterium für ihre Rezeption. So weisen auch die einschlägigen Zielexplikationen für die Rezeption literarischer Texte eine große Amplitude auf, die sich zwischen den Polen von Genuß und Erkenntnis bewegt.“<sup>12</sup>

So sitzt man als Sprachwissenschaftler durchaus im Glashaus, wenn man nach fremden Fehlern mit Steinen wirft. Aber die eigene Position ist auch nicht viel besser, wenn man volkslinguistische Kritik an Sprachmoden zurückzuweisen versucht, denen man sich selbst so gern unterwirft.

Dennoch sollte man sich auch durch eine Vielzahl von Rügen an Modischem, sprachlich Unlogischem und „Häßlichem“, wie sie gerade durch eine Unwort-Aktion zusammenkommen kann, nicht dazu verleiten lassen, in das wohlfeile (und keineswegs neue) Lamento über einen allgemeinen sprachlichen Niedergang einzustimmen. Ein methodischer Grundfehler gängiger Sprachkritik besteht ja gerade darin, daß aus allen möglichen und meist sehr disparaten Quellen Belege für das gesammelt

<sup>12</sup> N. Groeben: *Leserpsychologie: Textverständnis – Textverständlichkeit*: Münster 1982, S. 301.

werden, was einen gerade stört. Ein besonders deutliches Beispiel ist die in Unwort-Einsendungen wie auch in sprachhistorischen Darstellungen schon traditionell vertretene Behauptung, „die“ deutsche Sprache nehme immer mehr Angloamerikanismen auf und verliere damit immer mehr ihren „muttersprachlichen“ Charakter. Systematische Beobachtungen an einzelnen Textsorten widerlegen zwar nicht eine gewisse Tendenz zur „Internationalisierung“ der deutschen Sprache, lassen aber auch erkennen, daß die vielfach behaupteten „Exzesse“ der Anglisierung bestenfalls in einigen Domänen (z.B. bei den „Airlines“ oder im Finanzwesen, also in Sachbereichen mit internationaler Ausrichtung) anzutreffen sind, daß es aber fast gleichstarke Gegenteilstendenzen gibt, unter anderem erkennbar an zahlreichen (Rück-) Übersetzungen aus dem Englischen (DV-Fachleute arbeiten häufiger mit „Rechnern“ als mit „Computern“...).<sup>13</sup>

Daß die eigentlich auf „Inhaltskritik“ orientierten Unwort-Aktionen immer wieder eine nicht unbeträchtliche Zahl von Sprachkritikern anregt, ausschließlich Kriterien formaler Korrektheit als Maßstab zu wählen, läßt auf eine grundsätzliche Fehlhaltung unserer sprachlichen Kultur schließen, die sich gleichsam aus einer Umkehrung früherer Vorurteile ergeben hat: die Überschätzung formaler Korrektheit. Wurde einst gern „deutsche Tiefe“ gegen „französische Oberflächlichkeit“, also die Wertschätzung von anspruchsvoll Inhaltlichem gegen („bloße“) Formkultivierung ausgespielt, scheinen heute nicht wenige Zeitgenossen eher dem Gegenteil zugeneigt. Diese Haltung erklärt auch den neuerlichen Boom von Publikationen, die vorgeben, „richtiges“, das heißt zumeist formal korrektes Deutsch zu vermitteln.<sup>14</sup>

Wo immer es möglich war, sind in den bisherigen Unwort-Aktionen die Positionen, denen die äußere Form einer sprachlichen Äußerung wichtiger schien als die inhaltliche und situative Angemessenheit von Formulierungen (einschließlich ihrer Funktion als Parodie oder Ironie), mit dem Argument konfrontiert worden, daß die Überschätzung formaler Korrektheit konsequenterweise formal „glänzende“ Autoren wie Joseph Goebbels (wieder) zu sprachlichen Vorbildern machen könnte. Eine in diesem Rahmen nur pauschal zu formulierende Forderung an eine akzeptable Sprachkritik muß dem Hegelschen Diktum „Die Form ist die Form des Inhalts“ verpflichtet sein.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Ich beziehe mich hier auf die Ergebnisse zahlreicher linguistischer Seminar- und Examensarbeiten an der Universität Frankfurt a.M.

<sup>14</sup> Vgl. dazu W. Sanders: Sprachkritikastereien und was der „Fachler“ dazu sagt. Darmstadt 1992 (so schwer verdaulich der Darstellungstil dieses Buches auch sein mag!).

<sup>15</sup> Vgl. H.D. Schlosser: Ist unsere Sprache noch zu retten? – In: Universitas 48, 1993, H.10 (Oktober 1993), S. 952-965.

## 7. Die Bürokratisierung des Denkens

Das Verhältnis von Sprache und Denken wird bekanntlich sehr verschieden eingeschätzt. Auch ist noch immer nicht sicher, welche mentalen Wirkungen von konkreten Sprachgebräuchen ausgehen. Welche kognitiven „Nebenwirkungen“ haben etwa metaphorische Benennungen im Bereich der Technik? Sind Wörter wie „Kernbrennstäbe“, „Atommeiler“ oder „Schneller Brüter“ unangemessene Bezeichnungen, weil sie vorindustrielle Bedingungen assoziieren lassen? – Die Verwendung technologischer Metaphern in der Werbung, aber auch Assoziationstests bei Fachleuten lassen indes darauf schließen, daß die mit der Erstbenennung beabsichtigte Monosemierung (durch „Entmetaphorisierung“) oft sehr lange Zeit erfolglos bleiben kann, weil es in der Praxis keine scharfen Grenzen zwischen Allgemein- und Fachsprache gibt. Analysen von Fachtexten belegen jedenfalls, daß in Fachbegriffen, die durch Metaphorisierung gewonnen wurden, nicht selten Alltagsvorstellungen nachwirken und selbst von Fachleuten für eine wohlwollende Einschätzung der Fachgegenstände genutzt werden.<sup>16</sup>

So sind auch zahlreiche kritische Einwände von Unwort-Einsendern seit 1991 gegen die sachliche Unangemessenheit einzelner fachsprachlicher Termini durchaus ernst zu nehmen. Behauptet wird aber auch, daß die systematisierende Umwandlung natürlich-lebendiger Phänomene in „tote“ Statistikwerte insbesondere im bürokratischen Sprachgebrauch eine Perversion des Denkens anzeige.<sup>17</sup> Die „Kreativität“ von Bürokraten sollte allerdings nicht überschätzt werden. Oft läßt sich nachweisen, daß in Amtsstuben nur allzu gern übernommen wird, was Wissenschaftler sprachlich anbieten. Auch der oben schon inkriminierte „Selektionsrest“ entstammt keinem Bürokraten-, sondern einem Pädagogenhirn!

Ob sich hier grundsätzlich etwas ändern läßt, ist zu bezweifeln, weil das zugrundeliegende Problem eng mit dem wissenschaftlichen Prinzip abstrahierender Systematisierung zusammenhängt. Zwei Aspekte jedoch sollte die Sprachkritik nicht ganz außer acht lassen.

Zum einen die Notwendigkeit, zwischen fachinterner und fachexterner Kommunikation auch in der Sprachpraxis zu unterscheiden. Was fachintern sprachlich angemessen oder gar geboten sein mag, taugt oft nicht für eine Verständigung mit Laien. Um es durch Übertreibung deutlich zu machen: Der „Blinddarm in Zimmer 10“ kann eine praktische Kurzbeschreibung im sprachlichen Umgang zwischen Arzt und Pflegepersonal

<sup>16</sup> Ich beziehe mich hier auf Ergebnisse zweier Projekte zum Verhältnis von Sprache und Technik: H.D. Schlosser/M. Grabka: *Medizin und Sprache im technischen Wandel*. Frankfurt a.M. 1990, und A. Bockholt/S. Kohl/H.D. Schlosser/S. Schmid: *ISDN – eine Technik auf dem Weg zur Allgegenwart*. Frankfurt a.M. 1993.

<sup>17</sup> Vgl. H.D. Schlosser: *Die Unwörter des Jahres 1991*. In: *Der Sprachdienst* 36, 1992, S. 49ff. (S. 54f.).

sein, als Ansprache an den betreffenden Patienten wäre die Formulierung inakzeptabel. Allzu weit von dieser Fiktion ist das tatsächliche Sprachverhalten der Fachleute allerdings oft nicht entfernt; denn nicht selten werden derartige Fachjargonismen auch fachextern benutzt. Man denke an „Patientengut“, „Schüler-, Lehrer-, Spielermaterial“ u.ä. Und auch hier müßte die Einsicht, daß historische oder aktuelle Erfahrungen mit gleichen oder ähnlichen Wörtern die Semantik belasten, einen sprachkritischen Impuls auslösen. Zweifellos ist die morphologische Koppelung von Menschen mit dem Grundwort „-material“ nicht isoliert von Erfahrungen zu sehen, welche die deutsche Sprachgemeinschaft in zwei Weltkriegen mit dem Kompositum „Menschenmaterial“ gemacht hat. Die sprachliche „Materialisierung“ von Patienten hat dagegen ihre unübersehbaren Parallelen in Bildungen wie „Gefahrgut“, „Gefriergut“, „Leergut“ usw.

Zum anderen muß gesehen werden, daß sprachliche Inhumanität durch zahlreiche Gedankenlosigkeiten schon auf „niedrigerer“ Ebene vorbereitet und erleichtert wird, nämlich dort, wo Natur insgesamt zur toten Materie, zu reinen Planungsgrößen degradiert wird. Presseverlautbarungen und PR-Broschüren von Ämtern und Behörden sind voll davon. Wenn beispielsweise Straßenplaner die Verkehrsberuhigung durch Pflanzenkübel als „Straßenmöblierung“, bepflanzte Böschungen als „Straßenbegleitgrün“, Umweltschutzbeamte dieselben als „Biotopvernetzungselemente“ und die dort gewonnene Heuernte als „Mähgutanfall“ bezeichnen, dann ist das schon mehr als ein Beleg für sprachliche Inkompetenz. Vielmehr geht hier Denken und Sprache eine kongeniale Verbindung ein, was nicht nur ironisch verstanden werden darf. Natur ist heute vielfach nur noch als „beplante“ Sache vorstellbar, und vielleicht sind die zitierten „Termini“ wirklich nur eine kaum vermeidbare sprachliche Konsequenz dieser Situation. Gleichwohl ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß die unbedachte Ausdehnung einer derart dokumentierten Grundhaltung durch immer mehr Bürokratismen der gleichen Güteklasse auch den noch nicht verplanten Rest der Natur, und schließlich auch des Menschen allmählich zum Verschwinden bringen könnte.

Noch „unterhalb“ einer akademisch sprachkritischen Abwehr solcher Tendenzen, die sicher nur schwer zustande zu bringen ist, wäre indes viel zu erreichen, wenn man die ärgsten „Stilblüten“ des Planerdeutsch durch möglichst zahlreiche Glossierungen dem öffentlichen Gelächter preisgäbe.

Weniger lustig freilich ist es, wenn bürokratisches Denken und eine gleichgesinnte Sprachhaltung Verfassungsrang erhält, wie es 1993 im neuen Grundgesetz-Artikel 16a, im sog. Asylkompromiß, geschehen ist. In Absatz 4 findet sich ein geradezu klassischer Beleg dafür, daß es durchaus objektive Kriterien für „schlechtes Deutsch“ gibt, weil die schlechte Form die Form eines schlechten Inhalts ist. Damit sei keine Stellung pro oder contra „Asylkompromiß“ bezogen, wohl aber dagegen, daß eine eindeu-

tige Absicht (die Zurückweisung unerwünschter Asylbewerber) in äußerst gewundener Weise, letztlich unehrlich umschrieben wird. Die verbliebenen Möglichkeiten von Asylbewerbern, nicht sofort abgewiesen zu werden, sind wie folgt verklausuliert: „Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen ... wird nur ausgesetzt, wenn ...“

Die Kritik griffe zu kurz, wenn sie sich nur an der wahrlich monströsen Nominalisierung riebe. Schimmer ist, daß die Formulierung „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ im GG-Artikel 16a nur an dieser Stelle auftaucht, also undefiniert bleibt und damit einen vielleicht sogar juristisch unerträglichen Auslegungsspielraum eröffnet. Außerdem geht es – wie auch die Praxis inzwischen zeigt – gar nicht um die „Beendigung“ eines „Aufenthalts“, sondern bereits um dessen Verhinderung. Hinzu kommt, daß eine an sich positive Bestimmung, das Recht auf vorläufigen Aufenthalt, negativ formuliert wird: keine Abschiebung, wenn ..., was freilich dem für Asylbewerber negativen Tenor des ganzen Artikels entspricht. Selbst wer die Intention des „Asylkompromisses“ uneingeschränkt bejaht, müßte einräumen, daß eine solche Formulierung liberale Assoziationen konsequent verhindert. Wer solches Bürokratendeutsch in Auftrag gegeben oder akzeptiert hat, darf sich nicht wundern, daß er in geistiger Nähe zur Parole „Ausländer raus“ gerückt wird, die nicht so indirekt und verschroben daherkommt, also geradezu „ehrlich“ klingt!

## 8. Zusammenfassung

Eine sprachwissenschaftlich aufgeklärte Sprachkritik muß – wenn sie nicht den Kontakt zur Realität gänzlich verlieren will – zur Kenntnis nehmen, daß es in der deutschen Bevölkerung ein hohes Interesse an sprachkritischer Praxis gibt. Sie sollte in öffentlichkeitswirksamen Formen (von denen die Unwort-Aktion nur eine sein kann) auf dieses Interesse eingehen. Dabei sind die Erwartungen und Vor-Urteile der Laien didaktisch behutsam nach ihrer Berechtigung hin zu unterscheiden. Der besonders häufigen Verwechslung von Sach- und Sprachkritik läßt sich durch geeignete Beispiele möglicherweise am leichtesten begegnen. Einige Aufregtheiten der volkslinguistischen Sprachbewertung wären durch Aufklärung über langfristige Wandlungen des Sprachgebrauchs zu „beruhigen“, andere durch Information über dessen soziale und situative Bedingtheit.

Die Konzentration vieler Sprachteilhaber auf Fragen formaler Korrektheit sollte konstruktiv gewendet werden, indem man auf den unlösbaren Zusammenhang von Form und Inhalt aufmerksam macht. Die Unwort-Aktion selbst konzentriert sich auf eine inhaltsbezogene Kritik und will damit zu mehr Sensibilität in der öffentlichen Kommunikation beitragen und für einen sachlich angemessenen und humanen Sprachgebrauch werben.

Eine moralisierende Hypersensibilität, etwa im Sinne der angelsächsischen „political correctness“ oder radikaler Ansätze der feministischen Sprach-

kritik, erscheint grundsätzlich als wenig hilfreich. Das schließt aber keineswegs aus, daß – nicht zuletzt bei kollektiven historischen oder aktuellen Erfahrungen mit einzelnen Wörtern und Formulierungen – deutliche ethisch orientierte Urteile gefällt werden.

Das Risiko einer auf aktuelle Einzelwörter oder -formulierungen konzentrierten Aktion liegt zweifellos darin, daß die jeweils inkriminierten Belege zu isoliert und damit semantisch eindimensional gesehen werden. Darum müssen bei der Sichtung und Bewertung auch der Unwort-Vorschläge historische, soziale und situative Bedingtheiten des Gebrauchs sorgfältig beachtet werden. Die verbleibenden Risiken einer falschen Beurteilung werden dadurch gemildert, daß die Entscheidungen über das „Unwort des Jahres“ der öffentlichen Diskussion überantwortet werden, also keine letztinstanzlichen Urteile sein wollen. Oberstes Prinzip, das auch im Aufruf zur Mitwirkung an alle zum Ausdruck kommt, ist und muß es sein, daß die Sprache allen gehört.

Nachtrag: Der im Februar und März 1994 öffentlich ausgetragene Konflikt um die Juryentscheidung für 1993, in dem sich der Vorstand der GfdS mehrheitlich der Kritik aus dem Bundeskanzleramt an der Zweitplatzierung der Kanzlerformulierung „kollektivere Freizeitpark“ anschloß, hat die Jury bewogen, die künftigen Unwort-Aktionen außerhalb der GfdS fortzusetzen.